

Dresdner Volkszeitung

Hauslieferung: 4 Pf. wöchentlich.
 Abonnement: 3 Mark monatlich, 30 Mark jährlich.
 Einzelhefte: 5 Pf.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
 Gehr. Krahnb. Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.20 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 5.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261.
 Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261.
 Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserte werden die 7gepaltene Zeitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 110.

Dresden, Dienstag den 14. Mai 1918.

29. Jahrg.

Ein neuer Wehrbeitrag. — Sozialdemokratischer Erbschaftsteuer-Antrag. Der verfahrenere Wahlrechtskarren. — Nikolai Nikolajewitsch gefangen.

Wahlsieg in Zwickau.

Meier (Sozialb.)	12 433	Stimmen
Kling (Nationall.)	6 096	„
Beckert (Unabh.)	5 036	„
Braun (Mittelst.)	102	„

(Einige kleine Orte fehlen noch.)

Die Reichstagswahl im 18. sächsischen Wahlkreis hat mit einem schönen Siege der alten erprobten Sozialdemokratie und gleichzeitig mit einer bösen Schlappe der Unabhängigen geendet. Auch die Arbeiterschaft dieses Wahlkreises hat gezeigt, daß sie mit erdrückender Mehrheit dem stürmischen Banner unserer Partei folgt. Aber nicht nur eine Abzage an die sinnlose Negationspolitik der Unabhängigen bedeutet dieser Wahlausgang, auch die Eroberungspolitik haben eine schwere Niederlage erlebt, obwohl sie sich auf Arbeiterfang berechneten. Einmal bedienten, einen Berggimmerring als Kandidaten vorzuschicken. Es mag wohl sein, daß dieses schlichte Werkzeug der Vaterlandsparteier manchen Arbeiter irreführt hat, wie ihm die Geloßigkeit der gelben Werkzeimerler ja von vornherein ebenso sicher war wie der reaktionären Elemente im Bürgertum. Und dennoch hat er es nur — die genauen Ziffern liegen noch nicht vor — auf rund 6000 Stimmen gebracht. Das ist nur ein Drittel der Stimmen, die bei der letzten Hauptwahl im Jahre 1912 der nationalliberalen Kandidat auf sich vereinigen konnte. Dagegen hat die alte Sozialdemokratie, trotz den Konkurrenzbestrebungen der Unabhängigen, für sich allein fast die Hälfte der Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigt. Die 1912 auf Stufe aufliefen. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß die Nationalliberalen und Konservativen den sonstigen Wahlapparat nicht in vollem Umfange in Tätigkeit gesetzt haben und der Bergmann Kling nicht offiziell als Kandidat der bürgerlichen Parteien galt, muß das Wahlergebnis als eine Abzage an die reaktionäre durchgeführte Eroberungspolitik der Vaterlandspartei bewertet werden. Denn an Mühe, Arbeit und Geld haben es die Macher der Kandidatur Kling nicht fehlen lassen. Fabrikanten, Staatsanwälte und auch Führer der Nationalliberalen vereinigt sich in dem heissen Bemühen, eine möglichst große Stimmenzahl für ihren Kandidaten zustande zu bringen. Die Vaterlandsparteier haben aufs neue erkennen müssen, daß sie trotz allem Geshrei keinen Anhang im Volke haben. Im Lichte eines sozialdemokratischen Wahlsieges tritt durch diesen Wahlausfall klar zutage, daß auch in Sachsen die erdrückende Mehrheit des Volkes hinter der Reichstagsmehrheit und ihrer Friedensresolution steht.

Der Gedanke des Verständigungsfriedens hat sowohl über das verlorene Geshrei verständigender Demagogen wie über die Kriegsbücherei der Amnestisten gesiegt. Klar und scharf hat die Sozialdemokratie in diesem Kampfe ihre Herbeitätigkeit von dem Gedanken einer freilich gerichtet und sozialistisch erleuchteten Wirklichkeitspolitik belebt. Dabei waren wir darauf angewiesen, nach rechts und links entschiedene Abzagen zu erteilen, hatten mit den Schwierigkeiten der ungeläuterten Lage in der Reichsregierung, dem Durchdringen der Diplopolitik zu rechnen, die von uns unabhängigen Gegnern ausgeht wurden. Wir mußten es von vornherein ablehnen, die Note der Zeit, insbesondere auch die Nahrungsmittel-schwierigkeiten, dazu zu benutzen, unsere Wahlagitatorien zu mürhen. Wohl aber konnten wir den Wählern sagen, daß die Sozialdemokratie unausgesetzte Bemüht sein werde, die sozialistischen Forderungen in ädem Ringen eventuell auch schrittweise zu vermitteln, daß wir auch praktisch mitarbeiten würden, wann und wo sich dazu Gelegenheit bietet, daß wir in keiner Weise aus unangebrachter Furcht vor Verantwortlichkeit ablehnen würden, bei der praktischen Arbeit zu tun, was das Wohl des Volkes, besonders in den Zeiten der Kriegnöte, gebietet. Es war zum ersten Male, daß wir in Sachen unsere Wahlarbeit auf der Grundlage einer sozialistischen Realpolitik betrieben. Wenden sich Wähler, der im Geiste der alten Wahlen all geworden ist, machen auch, der sich schwer in den Gedanken finden konnte, daß die neue Zeit auch eine andere politische Strategie erfordert, mag das bestreben und zu den Unabhängigen gezogen haben, wo er ein von keiner Verantwortlichkeit befreites Drauflosgerede fand, das den gepriesenen Gefühlen mancher schwer von den Kriegsnöten heimgesuchten Wähler mehr entsprochen haben mag. Und dennoch hat der Sozialismus auch mit der neuen Kampfesweise einen schönen Sieg errufen, vor allem auch über den Geist der Negation und überheiter Schlagworte, der nur noch mit den Buchstaben einen Zusammenhang mit den sozialistischen Gedanken herstellen kann, einer sozialistischen Wirklichkeit aber völlig entfremdet ist.

Möglich, daß die Unabhängigen es mit der Behauptung zuckeln, ihre 6000 Stimmen seien immerhin ein Achtungs-

Abgeschlagene englische Angriffe bei Givenchy.

14. Mai 1918. wib. (Amlich.) Großes Hauptquartier, den

Westlicher Kriegsschauplatz.
 An den Kampfzonen ließ die in den frühen Morgenstunden erregtere Feuerstärke im Laufe des Vormittags nach. Am Abend lebte sie wieder vielfach auf. Nach heftiger Feuerwirkung nördlich vom La-Basse-Ranal versuchten die Engländer am Abend letzte Teilangriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich von Givenchy. Sie wurden verlustreich zurückgeschlagen. Die Gefangenenzählung blieb gering.
 Von den anderen Kriegsschaupätzen nichts Neues.
 Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

erfolg. Wir können ihnen die Freude, wollen aber zur vollen Würdigung der Wahlleistung nicht unermüdet lassen, daß den Unabhängigen die Zeitverhältnisse viel Wasser auf ihre Röhren geliefert haben. Zwar haben sie keine eigene Presse im Kreise, aber sie konnten doch nicht Aufhebens genug davon machen, daß das Leipziger Unabhängigenorgan riesige Fortschritte gemacht habe und auch ohne Organisation Bedeutung erlangt sei. Zustatten kamen ihnen die Kriegsnöte, die manche Wähler veranlaßt haben mögen, sich denen zuzuwenden, die am ärgsten darüber schreien. Dabei gaben sich die Unabhängigen den Anschein, eine Politik baldiger Kriegsbeendigung zu betreiben, wodurch sie manchen Oberflächlichen beirrt haben mögen. Vor allem kam ihnen zugute, daß sie sich als Teilamentisvollstrecker Stollkes den Wählern vorstellen konnten, der im Kreise großen Anhang namentlich auch bei alten Parteigenossen und in breiten Schichten der Arbeiterschaft hatte. Hatte er doch ein Menschenalter im Kreise gewirkt, sich große Verdienste um die Arbeiterklasse erworben und besonders in seiner jüngeren Zeit auch große Opfer für die Arbeiterschaft gebracht. Tieleen alten erprobten Führer konnten die meisten persönlich und waren daher leicht geneigt, denen zu folgen, die sich als Nachfolger nach seinem Willen bei jeder Gelegenheit ausgaben.

In ihrer agitation sind die Unabhängigen unseren Beobachtungen nach nirgends behindert worden. In unglücklichen Verhandlungen haben sie in von Verantwortlichkeit wahrlich nicht beschwärmtes Drauflosgerede hören lassen, fast die ganze unabhängige Reichstagsfraktion war zu diesem Zwecke mobil gemacht, zu der sonstigen Wahlarbeit zogen sie Genossen sogar aus Thüringer Wahlkreisen heran. In einem großen Dorfe, wo der Schreiber dieser Zeilen am Sonntag in einer Versammlung sprach, traf er sogar auf unabhängige Flugblattverleiher aus Kreis. Sie haben wahrlich alles mobil gemacht, um die Nachfolge Stollkes im Kreise anzutreten zu können. Und sie müssen nun erleben, daß die viel geschmähte Sozialdemokratie das 24,fache der Stimmen erhalten hat wie sie. Der Reinsfall ist ebenso groß wie der in Niederbarnim. In in Zwickau könnten sie im Falle einer Stichwahl, die übrigens nicht nötig ist, nicht einmal großmäutig auf eine Beteiligung verzichten, denn sie hätten für diese gar nicht in Betracht, weil sie mit ihrer Stimmenzahl erst an dritter Stelle stehen und selbst von dem gelben Kandidaten noch um rund 1000 Stimmen übertragt werden. Auf ein für sie günstigen Kampfschloße haben sich die Unabhängigen somit eine schwere Niederlage geholt. Ihre Demagogie ist von den Wählern geprüßt und zu leicht befunden worden. Wir sind überzeugt, daß das nicht nur in Zwickau, sondern in verächtlicher Weise auch in anderen sächsischen Wahlkreisen der Fall sein würde, wo sie nicht die Verdienste verstorbenen Genossen in der beobachteten Weise vor ihren Wagen schieben können. Auf diese Weise hat sich die Unabhängigen in schwerem Irrtum befunden, als sie mit Drohungen eines Volksgerichtes bei Wahlen unsere Politik der Landesverteidigung und des realpolitisch gerichteten Ausbaues im Innern knebeln wollten. Sie glaubten uns beim Volke durch ihr Geshrei Glauben zu geben, es hat sich jedoch aufs neue gezeigt, daß sie selbst hineingefallen sind und in Gefahr geraten, darin umzukommen.

Uns aber muß der Wahlausfall in der Uebergangzeit bekräftigen, daß unsere Kriegspolitik die richtige war. Aufwärts weist es uns auf die Höhen einer sozialistisch erleuchteten Realpolitik, die uns die Aufgabe stellt, im ädem Ringen unter Berücksichtigung der Verhältnisse dem Volke bessere Erstlingsverhältnisse und die politische Gleichberechtigung zu sichern.

Eine neue Kriegsabgabe der Besizenden.

Die Verteidiger der Dreiklassenfischmad unter Heydenbrants Führung haben im Laufe der Wahlrechtsdebatten immer offener eingeschanden, daß ihre Abweisung gegen das gleiche Recht hauptsächlich daher rührt, daß sie nicht ihr Portemonnaie, das Portemonnaie der Besizenden, einem Parlament

des gleichen Wahlrechts ausliefern wollen. Inzwischen ging tatsächlich dem Reichstag die Vorlage über drei Milliarden neuer Kriegssteuern zu, die sämtlich auf indirekten Wege heringebracht werden sollten. Wohl waren neben den Verbrauchssteuern und der Postversteuerung auch in die erhöhte Umsatzsteuer Kursumgaben eingearbeitet und eine neue Kriegsgewinnsteuer von Erwerbseinkünften vorgesehen, aber Einkommen und Vermögen sollten doch den Einzelstaaten als Steuerobjekte verbleiben und damit die Hauptlast der neuen Kriegssteuern auf die breiten Massen gelegt werden.

Dagegen haben die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten tatkräftig und erfolgreich angekämpft. Es besteht natürlich keine Aussicht darauf, die neuen Abgaben von Bier, Branntwein, Wein, Mineralwasser, Kaffee, Tee, Kakao usw. gänzlich zu Fall zu bringen, wohl aber konnte man den bürgerlichen Parteien klar machen, daß diese Steuern ja gerade als Kriegssteuern lediglich auf dem Papier stehen und daß ihre Ergänzung durch eine wirkliche Kriegsteuer finden müssen. Dahin zu drängen boten die internationalen Besprechungen eine ausgezeichnete Gelegenheit, die auch voll ausgenutzt worden ist. So ist der Antrag Gröber entfallen, der heute im Hauptausschusse des Reichstages eingebracht worden ist. Er sieht eine Kriegsabgabe von allen Jahreseinkommen über 20000 Mark vor, die erhöht werden soll, wenn gegenüber den letzten Friedensjahren eine Einkommensvermehrung erzielt worden ist, und als Ergänzung eine Abgabe auch von allen Vermögen über 20000 Mark.

Die Finanzminister der Einzelstaaten sind vollzählig angetreten, um ihren Widerstand gegen diesen Voranschlag der Reichsparteien geltend zu machen. Aber wir brauchen heute nicht mehr lange darüber zu beraten, ob es vielleicht zweckmäßiger wäre, die Einkommens- und Vermögensbesteuerung den Einzelstaaten zu überlassen; nachdem die Junker erneut ihren Willen bekundet haben, die breiten Massen des Volkes zu angemessener Teilnahme an der einseitigen Verleugung nicht zuzulassen, würden es in den Bundesstaaten immer nur die Besizenden sein, die selbst darüber zu befinden hätten, was und wieviel sie dem Staat zahlen wollten. Da wir nun nicht den mindesten Anlaß haben, es dem staatsbürgerlichen Pflichtgefühl der Kriegsgewinnler und Junker zu überlassen, wieviel sie dem Staate steuern wollen, darf kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß das Reich sich auch die Venuerung der Einkommen und Vermögen in möglichst weitem Umfange zu eigen machen muß.

Dieser Gedankengang kommt im Ergebnis mit dem anderen zusammen, daß durch die Erfolge der deutschen Waffen auch den Besizenden ihr Besitz gebehrt, erhalten und vermehrt worden ist und daß diese deshalb zu allererst an den Kriegskosten mittragen müssen. Darum dürfen sich die Reichsparteien durch den Widerstand der einseitlichen Finanzminister nicht abstruden lassen, sondern müssen seit auf ihrem Sinn bestehen, die Kriegsteuer auf die großen Einkommen und Vermögen von Reichs wegen zu bewilligen und zu erheben. Die Regierungen werden die Verantwortung dafür nicht auf sich nehmen können, deswegen den ganzen Steuerplan weitern zu lassen.

Ein offener Kampf zwischen Neuordnern und Rückschrittlern wird sich auch während des Krieges nicht mehr lange vermeiden lassen. Die Reaktionsäre versuchen nun alles mögliche, um zu erreichen, daß der Konflikt bei irgendeiner Pause ausbricht, in der sie sich als die großen Patrioten aufstellen könnten, sei es um den Stillstand, sei es in irgendeiner Meinungsverwirrung des Reichstages mit der steigenden Heerüberma. Die Reichsparteien hingegen haben alles Interesse daran, daß der Kampf da ausgesetzt wird, wo der Gegensatz wirklich besteht: in der Wahlrechtsfrage und in der Steuerfrage, zwischen denen die eigentliche den Krieg zu ihrer Verdrüsung anzuhaben wollen, und denen, die das ganze Volk teilhaben lassen wollen am Erfolg der Rettung aus schwerer Not. Hierin muß im Reichstag der Zusammenhalt der Reichsparteien ganz fest bleiben und hier kann sich ihnen die Regierung auch nicht dauernd widersetzen, in der ein Panzer liegt.

Benignens vorläufig als erste Antwort auf die schandliche Wahlrechtsverweigerung in es ausgezeichnet, daß nun erst recht das Reichsparlament des gleichen Wahlrechts ordentlich an das Portemonnaie der Besizenden herangeht.

Die neuen Besizsteuern.

Dem Reichstagsausschuß des Reichstages lag am Montag ein Antrag der Reichsparteien vor, der neue Besizsteuern fordert. Ausschüt wird gefordert eine Erbschaftsteuer vom Einkommen. Jedes Einkommen von mindestens 20000 M. soll einer besonderen einmühtigen Abgabe unterworfen werden. Diese Abgabe beginnt mit 1 v. H. und steigt in der höchsten Stufe auf 20 v. H. Fern wird verlangt eine erhöhte Kriegsabgabe von der während des Friedens erzielten Einkommensvermehrung gegenüber dem in der Friedenszeit erzielten Einkommen. Die Steuer für die Einkommensvermehrung werden durchgeschaltet und beginnen mit 5 v. H. für die ersten 20000 M. Jahreseinkommen und steigen mit 20 v. H.